

# Mittel für Wohnungsbau erhöhen

**VORTRAG** Hermann Schaus referiert auf Einladung des Ortsverbandes der Linken über Sozialen Wohnungsbau /

**NIDDA (red).** Auf Einladung des Niddaer Ortsverbandes der Linken referierte der Parlamentarische Geschäftsführer der Partei im Landtag, Hermann Schaus, über den Sozialen Wohnungsbau, wobei er den Fokus auf den Bestand in Bund, Land und in den Kommunen legte. Schaus berichtete, dass in den vergangenen 25 Jahren ein eklatanter Rückgang im Bestand der Sozialwohnungen in Hessen eingetreten sei. Habe es 1991 noch 206 000 Wohneinheiten gegeben, liege deren Zahl mit Stand 2014 bei 110 000. „Im vergangenen Jahr wurden nur 420 Wohneinheiten neu geschaffen“, sagte Schaus. Rund 45 000 Einzelpersonen und Familien seien als Wohnungssuchende registriert, und die Dunkelziffer der Sozialwohnungsberechtigten liege laut einer Studie aus dem Jahre 2011 bei 300 000 Familien.

Die Linke fordert deshalb mehr bezahlbare Wohnungen. Dafür sollten die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau aufgestockt werden. Der Bund zahle seit 2006 jährlich 518 Millionen. Dieser Betrag für die Länder müsse auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt werden. „Für Hessen gibt es derzeit nur magere 30 Millionen Euro Bundesmittel. Zusammen mit den Landesmitteln von knapp 29 Millionen Euro reichen diese finanziellen Mittel schon heute nicht aus, um den Bestand an Sozialwohnungen zu halten“, kritisierte der Referent.

Bis zu 150 000 neue Sozialwohnungen seien jährlich bundesweit auch angesichts der Zahl der Flüchtlinge nötig.

„Die Linke fordert daher weiter die Stärkung der kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften und Genossenschaften sowie Bereitstellung von öffentlichen Grundstücken nur in Erbpacht.“ Ferner sollten Mieterhöhungen der städtischen Gesellschaften nur symbolischen Charakter haben. Weiter fordern die Linken sogenannte Milieuschutzgebiete mit Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Einbeziehung aller Bestandsmieten bei der Erstellung der Mietpreisspiegel.

Der Ortsverband-Vorsitzende Karl-Heinz Haas kritisierte, dass die Linke für ihre Anliegen zu wenig Gehör finde. Deshalb zitierte er Passagen aus einer Rede Willi van Ooyens im Landtag. „Die soziale Infrastruktur muss ausgebaut sowie mehr in die Bildung investiert werden. Wohnungsbau, Bildung, Rente, Sozialsystem, ÖPNV, Infrastruktur, Integration – auf diesen Feldern gibt es leider viele Versäumnisse, die angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen nur noch deutlicher zutage treten.“ Nötig sei als erster Schritt „ein sofortiges Investitionsprogramm, mit dem soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastruktur für alle ausgebaut, Arbeitsplätze geschaffen und die Kommunen finanziell unterstützt werden“. Mittelfristig sei ein vielfach größeres Zukunftsinvestitionsprogramm nötig, das maßgeblich über die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und eine angemessene Besteuerung von Erbschaften und Kapitalerträgen finanziert werden müsse.



Karl-Heinz Haas (links) dankte Hermann Schaus für seine Ausführungen mit „Weck, Worscht und Woi“. Foto: red